

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Björn Engholm MdL fordert die Bundesregierung auf, die Jugendarbeitslosigkeit ernst zu nehmen: **Nach der Lehre nicht die Leere.** Seite 1

Hans-Joachim Seeler MdEP zieht Schlußfolgerungen aus der IWF-Konferenz in Seoul: **Weltschuldenkonferenz dringend geboten.** Seite 3

Max Amling MdB befaßt sich mit **Kohl-Äußerungen über Arbeitslose und Ausländer: Kanzler auf Stimmenfang.** Seite 4

40. Jahrgang / 195

11. Oktober 1985

Nach der Lehre nicht die Leere

Die Bundesregierung muß die Jugendarbeitslosigkeit ernst nehmen

Von Björn Engholm MdL

Vorsitzender der jugendpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

Rund jeder fünfte Jugendliche wird nach Beendigung seiner Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen, sondern in die Arbeitslosigkeit entlassen. Nach den Schwierigkeiten, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen, kommen jetzt die Schwierigkeiten beim Übergang von Ausbildung in die Beschäftigung. Und diese Schwelle ist für viele nicht mehr überschreitbar.

Um den Interessen von einigen Hundert Habilitierten pro Jahr entgegenzukommen, hat die konservative Bundesregierung sogar das Hochschulrahmengesetz geändert. Es bliebe zu wünschen, daß sie die Interessen Hunderttausender jugendlicher Arbeitsloser ebenso ernst nimmt.

Wenn 20 Prozent der ausgebildeten Jugendlichen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, handelt es sich hierbei nicht um ein Problem benachteiligter Gruppen, sondern um generelle Probleme, die alle Absolventen des dualen Systems treffen können.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos Umwelt  
auf Kommater-Baumgöl  
Recycling-Papier



Dequalifikation, Fluktuation und Mehrfacharbeitslosigkeit haben sehr negative Folgen für den weiteren Berufsverlauf und das spätere Arbeitslosigkeitsrisiko.

Die zunehmenden Schwierigkeiten zeigen, daß die Berufsbildungspolitik heute in viel stärkerem Maße durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergänzt werden muß. Nur so kann verhindert werden, daß ein Teil einer ganzen Generation bis in die 90er Jahre keine Chancen für eine berufliche und soziale Eingliederung erhält und auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Eine erhebliche Ausweitung und Ergänzung der Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung des Übergangs von Ausbildung in Beschäftigung ist dringend erforderlich. Beispielhafte Eingliederungskonzepte im Rahmen bereits existierender Arbeitsmarktinstrumente zum Beispiel Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungsbeihilfen müssen rasch aufgearbeitet und darauf aufbauend die Voraussetzungen für neue Instrumente entwickelt werden. Dabei ist besonderer Augenmerk auf die Erschließung neuer Aufgabenbereiche (zum Beispiel Umweltschutz, angepaßte Technologien, sozialer Bereich) zu legen, in denen der Erwerb von Berufserfahrung für den Einzelnen mit dem Nutzen für die Allgemeinheit verbunden werden können.

Die für die Arbeitslosigkeit aufzuwendenden Mittel können hier ungleich sinnvoller eingesetzt werden. Die Gesellschaft kostet ein Arbeitsloser im Durchschnitt 34.600,00 DM pro Jahr. Eine Arbeitsmarktbeschaffungsmaßnahme ist nur geringfügig teurer. Diese Rentabilitätsformel berücksichtigt aber nicht die sozialen Folgen der jahrelangen Arbeitslosigkeit. Bedenken wir diese Folgen mit, so ist beispielsweise eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in Wirklichkeit billiger.

(-/11.10.1985/va-he/rs)

+ + +



Eine Weltschuldenkonferenz ist dringend geboten

Schlußfolgerungen aus der jüngsten Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds

Von Dr. Hans-Joachim Seeler MdEP

Eines hat die Jahrestagung des IWF in Seoul deutlich gemacht: eine Lösung des bedrohlicher werdenden Schuldenproblems, vor allem der Dritten Welt ist nicht mehr möglich. Umschuldungen, also die Finanzierung von fälligen Zinsverpflichtungen durch neue Kredite und von Tilgungsverpflichtungen durch Streckung und Verlängerung der Laufzeiten, führen zu einem kontinuierlichen Wachsen der heute schon in jeder Beziehung unerträglichen Schuldenlasten. In Kürze wird die Dritte Welt den Industriestaaten und ihren Banken eine Billion US-Dollar schulden; Sachkundige sehen am Ende dieses Jahrhunderts einen Schuldenberg in doppelter Höhe.

Eine Billion US-Dollar Schulden erfordert jährliche Schuldendienstleistungen in Höhe von etwa 130 Milliarden US-Dollar, das heißt die Exporterlöse der Dritten Welt dienen immer ausschließlicher der Finanzierung dieser Verpflichtungen, für den Import von Gütern und Leistungen aus den Industriestaaten bleibt immer weniger, der Welthandel stagniert, ein - notwendiger - Abbau von Arbeitslosigkeit durch Exportsteigerung in der EG rückt in immer weitere Ferne. Praktisch schuftet und darbt die Dritte Welt immer ausschließlicher für die Interessen und Vorteile der staatlichen und privaten Kapitalgeber.

Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen! Notwendig, gewissermaßen als erster Schritt, ist die Anpassung der Schuldendienstverpflichtungen der Schuldnerstaaten an ihre individuelle Leistungsfähigkeit: Nur so kann der Welthandel wieder belebt und seine Finanzierung auf solide Füße gestellt werden. Die Forderungen, die diese individuelle Leistungsfähigkeit übersteigen, könnten wie folgt behandelt werden: Der Teil, der nicht nur die Exportkraft, also die Leistungsfähigkeit in US-Dollar oder anderer Hartwährungen übersteigt, sondern auch die Binnenwirtschaftskraft des betreffenden Schuldnerlandes überfordert, ist abzuschreiben. Das belastet Gläubigerländer und Banken, ist aber eine zwangsläufige Konsequenz ihrer leichtfertigen Kreditvergabe.

Der Teil der Forderungen, der zwar die Exportkraft, nicht aber die Leistungsfähigkeit des Binnenmarktes übersteigt, könnte in eine Art Entwicklungsfonds - national oder regional organisiert - eingebracht werden, der nach dem Vorbild des Marshall-Planes zur wirtschaftlichen Gesundung und Entwicklung dieser Länder eingesetzt wird. Diese Forderungen sind in der Währung des jeweiligen Schuldnerlandes zu verzinsen und zu tilgen, belasten also nicht mehr den Devisenbestand und damit den Außenhandel. Für die Gläubigerstaaten und Banken bedeutet dies eine Umwandlung ihrer Forderungen in Anteile an dem erwähnten Entwicklungsfonds. Aus Kapitalvermögen wird investives Vermögen in der Dritten Welt. Die Realisierung derartiger Anteile am Entwicklungsfonds, das heißt die Rückwandlung in Kapitalvermögen sollte bei wirtschaftlicher Gesundung des Schuldnerlandes möglich bleiben.

Dies wäre ein Weg, um die Welt aus der Schuldenkrise mit all ihren Konsequenzen herauszuführen, ohne daß die Gläubiger ihre Forderungen völlig abschreiben müssen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man Deutschland auf der Londoner Schuldenkonferenz auf vergleichbare Weise geholfen und damit eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und Europas geschaffen. Eine solche Weltschuldenkonferenz ist dringend geboten! (v/11.10.1985/vo-he/rs)

+ + +

Kanzler auf Stimmenfang

**Kohl diffamiert Arbeitslose und schürt Ausländerfeindlichkeit**

Von Max Amling MdB

„In der Statistik sind Leute, die nicht im Traum daran denken, arbeiten zu wollen“, „etliche Stellen werden von Gastarbeitern besetzt“. Diese „Argumente“ hat der Herr Bundeskanzler kürzlich auf der Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse gegen Forderungen nach einer beschäftigungspolitischen Initiative ins Feld geführt.

Auch dann, wenn von diesem Kanzler kaum noch jemand erwartet, daß das, was er zur Arbeitslosigkeit erklärt, von Sachkenntnis und Vernunft geprägt ist, können die oben zitierten Aussagen nicht einfach unter der Rubrik „dumm und töricht“ abgelegt werden.

Denn, wer trotz der traurigen Tatsache, daß jeder gemeldeten offenen Stelle mehr als 18 arbeitslos registrierte Menschen gegenüberstehen, die angeblich mangelnde Arbeitslust der Arbeitslosen glaubt thematisieren zu müssen, und wer, obwohl die Arbeitslosenquote unter ausländischen Arbeitnehmern mit 13,1 Prozent um 4,4 Prozentpunkten über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote liegt, beklagt, daß immer noch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesem Lande auch in Arbeit und nicht nur arbeitslos sind, der diffamiert Arbeitslose und toleriert die Arbeitslosigkeit und der offenbart, daß er, statt die Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen, auf Stimmenfang bei jenen gehen will, die schon seit langem „Ausländer raus“ fordern.

Weder Ausländerfeindlichkeit noch Tolerierung von Arbeitslosigkeit sind mit dem vereinbar, was die Väter dieser Republik ins Grundgesetz geschrieben haben. Um aber nicht vorschnell zu behaupten, daß die Richtlinien der Bundesrepublik von einem Mann zu bestimmen sind, der nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht, habe ich die Bundesregierung aufgefordert, zu diesen Aussagen des Herrn Bundeskanzlers Stellung zu nehmen und im Bundestag Fragen eingebracht, die auf Klärung drängen.

(-/11.10.1985/va-he/rs)

+ + +

